

Antrag 1

Potsdam - sozial, gerecht, bürgerInnennah und weltoffen gestalten!

Antrag des Kreisvorstandes an die Gesamtmitgliederversammlung am 21.11.2015

Verantwortliche Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Potsdam eine gute Zukunft bietet, und dies für alle. Wie wollen wir in Potsdam leben und arbeiten? Wie soll unsere Stadt aussehen? Wie gehen wir die verschiedenen Herausforderungen an? Was bedeutet es, eine wachsende Stadt zu sein? Darüber sollten wir in einem Leitbild nachdenken und gemeinsam Ideen entwickeln. Der Prozess für ein städtisches Leitbild war vorbildlich, der vorliegende Entwurf ausbaufähig. Dieser Entwurf ist noch keine Vision für ein zukunftsfähiges und solidarisches Potsdam, das wir gemeinsam zur Realität machen können. Wir vermissen die Bereitschaft, über Potsdams Zukunft nachzudenken. Nutzen wir die Chance der Debatte und diskutieren wir die Zukunft Potsdams. Die Linke wird mit eigenen inhaltlichen Schwerpunkten - nicht mit einem Leitbild - die Debatte um ein städtisches Leitbild bereichern.

Wir wollen u.a. ein Potsdam,:

- das von seinen EinwohnerInnen gestaltet wird. Die umfassende Einbeziehung und Mitbestimmung aller Menschen, die in Potsdam leben und arbeiten, in alle wichtigen Entscheidungen sind Grundlagen städtischer Politik.
- das den Zuzug von Menschen aus vielen Nationen als eine Bereicherung empfindet - eine Stadt, die durch die Vielfalt ihrer Angebote in Kultur, Freizeit und Sport für jede und jeden etwas bietet.
- das seine EinwohnerInnen in ihrer Unterschiedlichkeit annimmt und fördert, eine Stadt, in der EinwohnerInnen verschiedener sozialer Schichten, Altersgruppen, Lebensentwürfe und Überzeugungen solidarisch miteinander leben können.

Im Dezember 2013 beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Erarbeitung eines Leitbildes für die Landeshauptstadt. Es soll künftig Grundlage einer strategischen Zielbestimmung für die Haushaltsplanung werden. Mit dieser Zielsetzung wird deutlich, welche immense Bedeutung das Leitbild für die künftige Entwicklung Potsdams haben könnte. Schon deshalb ist DIE LINKE gefordert, sich intensiv damit auseinanderzusetzen. Darüber hinaus versteht es sich für uns von selbst, unsere Perspektiven in die Gestaltung eines solchen Prozesses einzubringen. Die bisherigen Ergebnisse des Beteiligungsprozesses genügen nicht unserem Anspruch, konkrete Grundlage für die Entwicklungsziele der nächsten Jahre in Potsdam zu sein. Der Kreisverband fordert deshalb den Kreisvorstand und die Stadtfraktion auf, im Rahmen des weiteren Beteiligungs- und Beschlussprozesses für eine Konkretisierung des Leitbildes auf Grundlage unserer Programmatik zu streiten.

Das heißt für uns:

Wenn es um die Zielbestimmung der Haushaltsplanung geht, so steht für uns als LINKE Potsdam das Soziale stets im Mittelpunkt. Wir wollen im Leitbild der Stadt verankern, dass jede haushaltspolitisch wirksame Entscheidung stets der Frage unterworfen wird, ob diese das solidarische Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt der Potsdamer EinwohnerInnen verbessert oder nicht.

Dies gilt es im Leitbild zu verankern. Hierfür werden wir streiten.

Darüber hinaus erachten wir die folgenden Punkte als zentrale Aufgabenfelder für die Stadtentwicklung der kommenden Jahre:

I. BürgerInnenkommune

Potsdams EinwohnerInnen engagieren sich in vielfältiger Weise. Dies zeigt sich zur Zeit vor allem in der Betreuung der zu uns kommenden Flüchtlinge, in den BürgerInnenhäusern und Stadtteil-Initiativen, aber auch auf vielen anderen Gebieten. Es ist Aufgabe der Stadt, die nötigen räumlichen, finanziellen und Steuerungsressourcen bereitzustellen, um dieses Engagement zu ermöglichen und zu fördern und sie ggf. vor Überlastung zu schützen.

Potsdams EinwohnerInnen sind hoch interessiert an den Entscheidungsprozessen und der Entwicklung der Stadt und bringen sich intensiv in Debatten ein. DIE LINKE tritt dafür ein, BürgerInnenbeteiligung nicht auf Diskussions-, Anhörungs- und Werkstattprozesse zu begrenzen, sondern Verfahren zu entwickeln, die den EinwohnerInnen für zentrale Fragen der Stadtentwicklung tatsächliche Entscheidungskompetenzen überträgt. Regelmäßige BürgerInnenbefragungen und BürgerInnenentscheide sind für uns geeignete Instrumente, um Beteiligung zu sichern und zu fördern. Dazu zählt auch die Ausstattung des BürgerInnenhaushalts mit einem eigenen Budget, das reale Entscheidungsspielräume schaffen muss.

Die Ausweitung der demokratischen Teilhabe soll nicht auf Erwachsene beschränkt bleiben. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und Kinderarmut ist es an der Zeit, mehr für die Teilhabe der heranwachsenden Generationen am gesellschaftlichen Leben zu tun. Das bedeutet zunächst einen unkomplizierten und materiell gesicherten Zugang zu Bildung, Kultur, Freizeitangeboten und Sport. Kinder- und Jugendparlamente sowie andere Formen der Mitbestimmung sind Foren, in denen die Heranwachsenden ihre Interessen zum Ausdruck bringen und demokratische politische Kultur einüben. Diese demokratischen Foren müssen dann auch mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein, es geht um mehr als nur um mitreden.

II. Stadtentwicklung und Wohnen

Potsdam ist seiner Geschichte, vor allem aber auch den Menschen verpflichtet, die heute in dieser Stadt leben. Ein gesundes Stadtklima besteht nur, wenn EinwohnerInnen aller sozialen Schichten auf Dauer auch in allen Stadtteilen miteinander leben und arbeiten können.

Der weitere Umbau der Potsdamer Mitte darf nicht unter einseitiger Orientierung auf die städtebauliche Struktur auf die barocke Innenstadt erfolgen. Die Stadtmitte muss sich wie alle anderen Teile der Stadt den gewandelten Anforderungen des 21. Jahrhunderts stellen und Ort zum Leben bleiben. Damit eine gesunde Stadtentwicklung auf Dauer gewährleistet werden kann, darf sie nicht den Kräften des freien Marktes überlassen werden. Die Stadt muss ihre Steuerungsverantwortung wahrnehmen. Dazu stehen ihr verschiedene Instrumente zur Verfügung, die systematisch genutzt werden müssen: In diesem Zusammenhang treten wir der Privatisierung des öffentlichen Raumes mit Entschiedenheit entgegen.

Bei der Planung neuer Wohngebiete muss die erforderliche soziale und Verkehrsinfrastruktur sowie Räume für Sport, Naherholung und Begegnung von Beginn an mit ausreichenden Reserven auch für künftige Entwicklungen mit berücksichtigt werden.

Die Vergabe städtischer Flächen für Wohnungsbau muss in allen Stadtteilen an Konzepte geknüpft werden, die einen angemessenen Anteil an preisgünstigem und barrierefreiem Wohnraum verbindlich festlegen. Im Rahmen städtebaulicher Verträge sollen auch private InvestorInnen verpflichtet werden, sozialen Wohnraum zu schaffen.

Die Vereinbarungen mit der PRO Potsdam und den in Potsdam tätigen Wohnungsgenossenschaften zur Begrenzung der Mieten sind fortzuführen und auszubauen.

III. Bildungsvielfalt und Bildungschancen

Wissen ist der Motor nachhaltiger Entwicklung. Bildung und lebenslanges Lernen gehören zu den Merkmalen einer kompetenten und innovativen BürgerInnengesellschaft. Orte des Wissens tragen zu einer hohen Lebensqualität bei. Sie stärken soziale Kompetenzen, sind Ausdruck von Weltoffenheit und stiften regionale Identität. Wissen ist die stärkste Ressource für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft. Daher hat Bildung für uns politische Priorität.

Aufgrund der schnell wachsenden Einwohnerzahl und einer hohen Frequentierung insbesondere unserer Schulen, sieht sich Potsdam beim Ausbau der Bildungsinfrastrukturen vor hohe Herausforderungen gestellt. Auch immer mehr Flüchtlingskinder sollen zu Recht ihren Platz in unseren Bildungseinrichtungen erhalten.

DIE LINKE sieht die Attraktivität Potsdamer Schulen und Kitas für Kinder aus dem Umland als Bestätigung. Die Stadt muss sich weiterhin dieser Herausforderung stellen und ihre Funktion als Oberzentrum auch für den umgebenden ländlichen Raum stärker akzeptieren. Das schließt die weitere Diskussion mit dem Land, dem Kreis Potsdam-Mittelmark und den benachbarten Kommunen über eine angemessene Kostenbeteiligung an den notwendigen Investitionen ein.

Potsdam bekennt sich zu Bildung als öffentlicher Aufgabe. Es darf auch künftig keine Stadtteile geben, in denen öffentliche Schulen de facto nicht zur Verfügung stehen. Der Ausbau der nötigen Platzkapazitäten muss in allen unterversorgten Bereichen der Stadt gleichermaßen vorangetrieben werden. Vor einer Veräußerung oder anderweitigen Beplanung städtischer Flächen ist zunächst zu prüfen, inwieweit diese für die Schaffung von Schulen und Kitas benötigt und genutzt werden können.

Wir stehen für eine Vielfalt im Bildungsangebot. Schulen und Kitas sollen ermutigt und mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden, um unterschiedliche inhaltliche, pädagogische und organisatorische Profile ausbilden zu können und damit den vielfältigen Ansprüchen von Kindern und ihren Familien gerecht werden zu können.

Eine nachhaltige Bildungspolitik sichert Bildung durch gemeinsames Lernen und individuelle Förderung. Ganztagsangebote müssen weiter ausgebaut werden. Wir brauchen eine stärkere Dezentralisierung des Bildungssystems bei Stärkung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der einzelnen Schulen. Die verschiedenen BildungsakteurInnen sollten sich stärker vernetzen und dafür auch die notwendige Handlungsfreiheit erhalten.

IV. Integration als Chance

Wie alle anderen Kommunen in Deutschland empfängt auch Potsdam eine große Zahl von Flüchtenden aus den Krisengebieten der Welt. Die menschenwürdige Unterbringung und Betreuung dieser Flüchtlinge ist akut sicher eine große Herausforderung für die Verwaltung in einer schnell wachsenden Stadt.

Angesichts dieser Herausforderung gilt es, die Augen nicht davor zu verschließen, welche enorme Bereicherung Potsdam langfristig durch seine neuen EinwohnerInnen erfährt: durch die Begegnung mit anderen Kulturen, Lebensweisen, Erfahrungen, durch neue Sichtweisen und Lösungsansätze und vieles mehr. Die zweite Bereicherung liegt darin, wie wir selbst als Stadtgesellschaft durch die Hilfe für Flüchtlinge neu zueinander gefunden haben, uns zivilgesellschaftlich organisieren, um zu helfen und soziale Probleme gemeinsam anzugehen. Von diesen Erfahrungen profitieren wir auch ganz unabhängig von den Betroffenen. Um diesen Gewinn zu einem dauerhaften für Potsdam zu machen, bedarf es vielfältiger Maßnahmen die allen Hilfebedürftigen dienen, egal woher sie kommen:

Zusätzlich müssen wir jetzt dringend beginnen, darüber nachzudenken, wie dauerhafter Wohn- und Lebensraum für die zu uns kommenden Menschen geschaffen werden kann. Viele dieser Menschen werden auf Jahre oder für immer bei uns bleiben. Wir müssen deshalb dafür Sorge tragen, nicht zahllose Provisorien zu schaffen, die ungewollt zu Dauerlösungen werden, sondern bereits jetzt Wohn- und Lebensräume zu errichten, die wirkliche Integration ermöglichen. Hier müssen wir gemeinsam darauf achten, dass Flüchtlinge in allen Teilen der Stadt - Tür an Tür mit deutschen NachbarInnen ein neues Zuhause finden können.

In der Stadt gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich zu engagieren und sinnstiftend tätig zu sein. Die Stadt muss in Kooperation mit Trägern der Gemeinschaftsunterkünfte unbürokratisch und offensiv Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge schaffen, ob in der Flüchtlings-Selbsthilfe oder anderen Feldern sozialer oder gemeinwohlorientierter Arbeit.

Das ehrenamtliche Engagement vieler PotsdamerInnen ist die größte Ressource für eine gelingende Integration. Aufgrund der Vielzahl der Träger und Unterkünfte muss die Stadt eine Koordinierung dieses Engagements gewährleisten können. Unser Ziel ist es, dass jede und jeder, der sich einbringen will, über eine städtische Anlaufstelle das richtige Projekt für sich findet, aber auch vor Überlastung geschützt wird.

V. Mobilität

Die Bewältigung der Verkehrsströme und der Ausbau der Infrastruktur in unserer wachsenden Stadt ist eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre.

Für DIE LINKE ist klar: ein gut ausgebauter und attraktiver ÖPNV ist das leistungsfähigste Verkehrssystem für innerstädtische Wege. Davon müssen Menschen jedoch überzeugt werden. Den Umstieg erzwingt man nicht durch Verbote und Versuche, PKW-Verkehr zu verhindern. Vielmehr müssen Alternativen geschaffen werden, die die PotsdamerInnen dazu bewegen aus Überzeugung umzusteigen.

Dazu gehören zum Beispiel der weitere Ausbau des Liniennetzes insbesondere im Potsdamer Norden und den ländlichen Ortsteilen der Landeshauptstadt incl. der Fortführung der TRAM bis Krampnitz und Fahrland. Insbesondere in den Randzeiten und auf stark frequentierten Linien ist eine Verdichtung der Taktfrequenzen erforderlich. Wir benötigen ein Netz an P+R-Angeboten an attraktiven Umsteigepunkten um die Stadt. Die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV würde maßgeblich zu dessen Attraktivitätssteigerung beitragen.

Eine nachhaltige Verkehrslösung für Potsdam kann nur gemeinsam mit den Umlandgemeinden erarbeitet werden. Für die Organisation eines solchen Prozesses muss die Stadt die Verantwortung übernehmen.

Im städtischen Leitbild Potsdams müssen sich alle Teile der Stadt und alle sozialen Schichten gleichermaßen wiederfinden können. Es muss zur Grundlage für eine Stadtentwicklung werden, die ein Miteinander aller PotsdamerInnen mit gleichen Teilhabechancen, gleichberechtigtem Zugang zu öffentlichen Angeboten und Einrichtungen und gleichen Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Dauer gewährleistet.

So wird Potsdam fit für die Zukunft! Wir als LINKE.Potsdam werden uns an diesem Prozess gestaltend beteiligen.